

Jusos Solingen
Birkenweiher 26
42651 Solingen

Jusos Wuppertal
Robertstraße 5a
42107 Wuppertal

Jusos Remscheid
Elberfelder Str.39
42853 Remscheid

An unsere Bundestagsabgeordneten

Manfred Zöllmer, MdB und
Jürgen Kucharczyk, MdB

16. Juni 2009

Jusos fordern Nein zu Internet-Sperren

Liebe Manfred, lieber Jürgen,

in den letzten Wochen ist es auf Grund des Gesetzesentwurfes zur Sperrung von Internetseiten zu Diskussionen gekommen, die eine erfolgreiche Petition mit mehr als 130.000 Zeichnern zur Folge hatte. Der Vorschlag von Bundesfamilienministerin von der Leyen Webseiten mit kinderpornographischen Inhalten zu sperren wird in weiten Teilen der Internetwelt und von vielen Experten aus Recht, Wissenschaft und Medien kritisch gesehen. Auch wir Jusos aus Euren Wahlkreisen haben in unseren Gliederungen über das Thema diskutiert und schließen uns der Kritik an.

Wir wissen natürlich, dass auch Ihr als Fraktion Euch für Internet-Sperren im Kampf gegen Kinderpornographie ausgesprochen habt, möchten dennoch unseren Standpunkt erläutern und hoffen, dass ihr diese Position in die Fraktion tragt, sie dort diskutiert und soweit möglich eine andere Position herbeiführt.

Internet-Sperren sind weder im Kampf gegen Kinderpornographie hilfreich, noch für die SPD im Wahljahr sinnvoll.

Internet-Sperren sind im Kampf gegen Kinderpornographie der falsche Weg. Das Gesetz hat nur eine Konsequenz: Es suggeriert eine nicht vorhandene Lösung des Problems nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn!“. Es bekämpft keine Kinderpornographie, es verhindert keinen Missbrauch. Es dient nicht dazu, die Täter zu bestrafen. Es entfernt keine Kinderpornographie aus dem Internet. Es entsteht lediglich ein leicht umgehbarer Vorhang.

Befürworter der Netzsperrungen verweisen auf ähnliche Sperren in skandinavischen Ländern. Deren Sperrlisten sind schon lange im Internet bekannt. Durch Überprüfung dieser ist

nachvollziehbar, dass die Mehrheit der Server auf denen die Webseiten zu finden sind, in den USA, in Deutschland sowie anderen Staaten der Europäischen Union stehen. In allen diesen Ländern ist Kinderpornographie verboten, eine Straftat und wird aktiv verfolgt. Man hätte also bereits heute die Möglichkeit zum Eingriff.

Weiterhin ist durch die Offenlegung einiger Sperrlisten bekannt geworden, dass auf den Listen nur eine geringe Anzahl an Webseiten stehen, die überhaupt kinderpornographische Elemente enthalten. Für die schwedische Sperrliste stellte Netzpolitik.org fest, dass „der Anteil tatsächlicher Kinderpornographie-Angebote unter 1% liegt und die meisten gefilterten Inhalte in den USA gehostet werden.“

Bereits am 28. März 2009 fiel ausgerechnet der Chef der Polizeiermittlungsgruppe gegen Kinderpornografie und Kindesmisshandlung in Stockholm, Björn Sellström, der Bundesregierung in den Rücken. Er äußerte massive Bedenken gegen die Wirksamkeit der dort installierten Webseiten-Sperren: „Unsere Sperrmaßnahmen tragen leider nicht dazu bei, die Produktion von Webpornografie zu vermindern“, erklärte er gegenüber dem Focus.

Auch sehen wir es als Problem an, dass das BKA die Listen erstellt und zugleich Ankläger und Richter sein soll. Internet-Sperren in der geplanten Form entziehen sich der demokratischen Kontrolle, die Teilung der Gewalten wird übergangen. Ein „unabhängiges Kontrollgremium“, wie vom Parteivorstand gefordert, gibt es bereits bei der im BKA-Gesetz verankerten Online-Durchsuchung, gegen das Michael Naumann, SPD-Mitglied und Zeit-Herausgeber, beim Verfassungsgericht klagt. Die „unabhängige Stelle“ hier besteht aus zwei keineswegs unabhängigen Beamten aus dem eigenen Haus, begleitet vom BKA-Datenschutzbeauftragten, unter der "Sachleitung" eines Gerichts. Die Formulierung ist schwammig, die Unabhängigkeit darf stark angezweifelt werden. Zudem reicht eine stichprobenartige Überprüfung nicht aus. Stellen wir uns vor, bei „klassischen Gerichtsverfahren“ gibt es nur Stichproben, grundsätzlich wird nach Anklage der Staatsanwaltschaft verfahren.

In den Worten des ehemaligen Staatsanwalts und leitenden Redakteurs der *Süddeutschen Zeitung*, Heribert Prantl: "Der Staat setzt auf Prävention – und er nimmt dafür Mittel in Anspruch, die früher nur gegen konkrete Verdächtige angewendet werden konnten. Dieser Präventionsstaat muss, das liegt in seiner Logik, dem Bürger immer mehr Freiheit abnehmen, um ihm dafür vermeintliche Sicherheit zu geben; das trägt den Hang zur Maßlosigkeit in sich, weil es nie genug Sicherheit gibt."

Kritisch sehen wir den Gesetzesentwurf zudem, weil wir eine Ausweitung auf andere Felder befürchten. Das wurde zwar immer dementiert, aber in einer Pressemitteilung vom 16.06.09 spricht die CDU/CSU-Fraktion bereits vom Urheberrecht. Auch die Musikindustrie hat sich, insbesondere auf europäischer Ebene, dazu zu Wort gemeldet. Und was ist mit der Homepage der NPD? Zensur lehnen wir vehement ab, die Probleme müssen an der Wurzel gepackt werden! Die CDU möchte mit unserer Hilfe die Infrastruktur für Zensur schaffen: Steht diese einmal, dann bedarf es nur noch einer einfachen Mehrheit für eine Ausweitung.

Zu dem sind diese Internet-Sperren technisch nicht wirksam, sie können selbst von Laien innerhalb von 30 Sekunden umgangen werden. Dies verdeutlicht, dass es sich nicht um Sperren handelt, sondern um einen „Internet-Vorhang“.

Lieber Jürgen, lieber Manfred,

wir müssen dafür sorgen, dass die Internetseiten aus dem Internet verschwinden. Löschen statt Sperren! Versuche von privaten Kinderschutzinitiativen beweisen: Schon nach einem Hinweis durch eine einfache E- Mail löschen die meisten Provider die einschlägigen Seiten bereits nach wenigen Stunden endgültig! Die Bundesfamilienministerin und das BKA sind diesbezüglich jedoch untätig geblieben. Wir wollen hier Initiativen und eine bessere personelle und technische Ausstattung für die Polizei, und keinen Aufbau einer Zensurinfrastruktur.

Lieber Jürgen, lieber Manfred,

auch für unsere Partei wären Internet-Sperren strategisch unklug. Einer großen Menge von Menschen, zumeist jüngeren, die sich für Freiheit und Grundrechte engagieren, wird so vor den Kopf gestoßen, dass sie nachhaltig nicht mehr für die SPD zu gewinnen sind. Positiv wird die *BILD* über die SPD sowieso nicht berichten, jetzt werden es auch die Multiplikatoren nicht tun, obwohl sie sich mit unseren Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit identifizieren können. Auch aus diesem Grund fordern wir ein Ende des Gesetzentwurfes.

Mit sozialdemokratischen Grüßen,

Simon Geiß	Björn Gottschalk	Nadim Ayyad
Vorsitzender Jusos Wuppertal	Vorsitzender Jusos Remscheid	Vorsitzender Jusos Solingen